

Food-Processing Initiative e.V. Satzung

§1

Name, Sitz, und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Food-Processing Initiative“

Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen und führt den Zusatz „e.V.“
- (2) Sitz des Vereins ist Bielefeld.
- (3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Zweck ist die Vernetzung und Förderung von Kompetenzen zur Entwicklung und Implementierung innovativer Lösungen bei Technologien, Produkten und Geschäftsprozessen in der Lebensmittelwirtschaft, um so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit mit allen und für alle Akteure nachhaltig zu stärken.

Der Erfüllung dieses Zwecks dienen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Gestaltung des Dialogs der Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft
 - b) Initiierung und Durchführung gemeinschaftlicher Projekte für innovative Lösungen
 - c) Erleichterung des Zugangs zu neuem Wissen und neuen Lösungen
- (3) Der Verein kann zur Erfüllung seines Zwecks mit anderen nicht wirtschaftlich tätigen Einrichtungen und Organisationen kooperieren.
 - (4) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins weder einbezahlte Beiträge zurück, noch haben sie irgendeinen Anspruch aus Vereinsvermögen.
 - (5) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Leis-

tungen, die auf Grundlage besonderer schriftlicher Verträge erbracht werden, sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

- (6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Auslagenersatz gegen Beleg ist zugelassen.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder.
- (2) Mitglieder können sowohl volljährige natürliche als auch juristische Personen und Personenvereinigungen werden, die die Arbeiten des Vereins aktiv tragen und / oder fördern wollen.
- (3) Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich an den Vorstand zu richten. In dem Antrag ist bei juristischen Personen anzugeben, wer die Vertretung im Verein ausüben soll; ein späterer Wechsel in der Vertretung ist unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Das Ergebnis der Entscheidung wird dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. Gegen eine ablehnende Entscheidung kann - innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Monat ab Zugang der Ablehnung – Berufung eingelegt werden. Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung entscheidet endgültig.
- (5) Alle ordentlichen Mitglieder haben gleiche Rechte. Sie unterstützen den Verein bei der Durchführung seiner Aufgaben und haben die Pflicht, die festgesetzten Mitgliedsbeiträge pünktlich zu zahlen.
- (6) Auf Vorschlag des Vorstandes können von der Mitgliederversammlung Ehrenmitglieder gewählt werden. Diese haben kein Stimmrecht.

§ 4

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt:

- (1) Durch Austritt, der nur zum Ende des Geschäftsjahres zulässig ist und dem Vorstand spätestens drei Monate vorher schriftlich anzuzeigen ist;
- (2) Durch Ausschluss über den der Vorstand nach Anhörung des Mitglieds zu entscheiden hat. Ausschlussgrund ist eine gröbliche Verletzung der Pflichten gegenüber dem Verein, insbesondere die Nichtzahlung fälliger Beiträge trotz wiederholter Mahnung oder eine Verhaltensweise, die sich mit dem Zweck oder dem Ansehen des Vereins nicht vereinbaren lässt. Gegen den

Ausschließungsbeschluss steht dem ausgeschlossenen Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die endgültig entscheidet. Die Anrufung der Mitgliederversammlung muss innerhalb eines Monats nach Zugang des Vorstandsbeschlusses, der den Ausschluss ausspricht, beim Vorstand beantragt werden. Bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung ruhen die Vereinsrechte des Mitgliedes.

- (3) Durch den Tod des Mitgliedes. Ist der Mitgliedsbeitrag noch nicht gezahlt, so gilt er als erlassen.

§ 5

Beiträge, Gebühren, Umlagen

- (1) Die Mittel des Vereins werden aufgebracht durch Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Umlagen, Zuwendungen und Einnahmen aus marktnahen Dienstleistungen.
Über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, der Aufnahmegebühr und Umlagen entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (2) Ehrenmitglieder sind von der Zahlung der Mitgliedsbeiträge befreit.
- (3) Der Jahresbeitrag ist jeweils zu Beginn des Kalenderjahres fällig und wird im Bankeinzugsverfahren eingezogen.
- (4) Das Stimmrecht eines Mitglieds ruht so lange, wie es mit dem Beitrag in Rückstand ist.
- (5) Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit das Mitglied gegenüber dem Verein nicht von den fälligen geldlichen Verpflichtungen, die bis dahin entstanden sind.

§ 6

Organe

- (1) Organe des Vereins sind:
 - A. die Mitgliederversammlung
 - B. der Vorstand
 - C. der Beirat
- (2) Die Tätigkeit in den Organen ist nicht übertragbar.

§ 7

Wahlen und Abstimmungen

- (1) Bei Wahlen und Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit in dieser Satzung oder zwingend im Gesetz nichts anderes vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen werden bei der Feststellung des Stimmenverhältnisses nicht berücksichtigt.
- (2) Wahlen sind offen durchzuführen, wenn nicht aus der Mitgliederversammlung eine geheime Wahl verlangt wird. Abstimmungen sind nur dann geheim durchzuführen, wenn dies mit Mehrheit beschlossen wird.
- (3) Jedes Vereinsmitglied besitzt bei Wahlen und Abstimmungen nur eine Stimme.
- (4) Jede/r in ein Organ Gewählte kann von dem Wahlorgan abgewählt werden. Dazu ist eine Dreiviertelmehrheit der in der Versammlung anwesenden Stimmen erforderlich.
- (5) Die Wahlzeiten betragen einheitlich zwei Jahre, wenn die Satzung nichts anderes bestimmt. Dabei bleiben die Gewählten jeweils bis zur Nachwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 8

Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung wird von der / vom Vorsitzenden des Vorstandes jährlich einberufen. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Versammlungstermin auf schriftlichem oder digitalem Weg einzuladen.
- (2) Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens eine Woche vor dem Tage der außerordentlichen Mitgliederversammlung schriftlich einzuladen.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird von der / vom Vorsitzenden des Vorstandes geleitet. Im Falle seiner Verhinderung übernimmt ein anders Mitglied des Vorstandes die Leitung. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.
- (4) Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Es kann sich durch die Erteilung einer schriftlichen Vollmacht durch ein weiteres Mitglied vertreten lassen, wobei ein Mitglied höchstens drei weitere Mitglieder vertreten kann. Ehrenmitglieder können an der Mitgliederversammlung beratend teilnehmen.

men.

- (5) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen ist. Beschlüsse über Satzungsänderungen des Vereins bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder. Alle anderen Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (6) Jedes Mitglied kann bis spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Mitgliederversammlung bei der / beim Vorsitzenden des Vorstands schriftlich die Erweiterung der Tagesordnung beantragen. Die / der Vorsitzende gibt diese Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung den Mitgliedern vor der Mitgliederversammlung schriftlich bekannt.
- (7) Über Mitgliederversammlungen ist unter Angabe des Ortes und der Zeit der Versammlung ein Protokoll anzufertigen, das von der / vom Versammlungsleiter/in und der / dem Protokollführer/in zu unterzeichnen ist. Im Protokoll sind die gefassten Beschlüsse unter Angabe des Abstimmungsergebnisses festzuhalten.

§ 9

Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a) Die Wahl des ehrenamtlichen Vorstandes und die Abberufung von Gewählten.
 - b) Die Entgegennahme des schriftlichen Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses des Vorstandes.
 - c) Die Genehmigung des Wirtschaftsplanes und die Festsetzung der Beitragsordnung.
 - d) Die Entlastung des Vorstandes.
 - e) Die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und alle sonstigen ihr vom Vorstand unterbreiteten Aufgaben grundsätzlicher Bedeutung sowie über die ihr nach der Satzung übertragenen Aufgaben.
 - f) Die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins und über dessen Vermögen.
 - g) Die Bestellung von zwei Rechnungsprüfern. Diese dürfen nicht dem Vorstand angehören. Wiederwahl ist zulässig.
 - h) Die Entscheidung über die Rechtsbehelfe bei Ablehnung eines Aufnahmeantrages beziehungsweise bei Ausschluss eines Mitglieds durch den Vorstand.
- (2) Die Mitgliederversammlung kann zur Unterstützung ihrer Arbeit Ausschüs-

se einrichten. Die Ausschüsse haben die in ihr Fach fallenden Aufgaben zu erörtern und der Mitgliederversammlung Empfehlungen zu geben.

- (3) Vorstand und Beirat geben sich eine Geschäftsordnung, die den Mitgliedern bekannt gegeben wird.

§ 10

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus 4 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern:
 - der oder dem Vorsitzenden des Vorstandes
 - drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes
- (2) Der Vorstand soll sich aus Persönlichkeiten der unter § 2 (1) beschriebenen Zielgruppen des Vereins zusammensetzen.
- (3) Die Mitglieder des Vorstandes bzw. die Unternehmen/Organisationen, in denen sie tätig sind, müssen Mitglieder des Vereins sein.
- (4) Die vier ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder werden durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (5) Vorstand i. S. des § 26 BGB sind 2 Vorstandsmitglieder.
- (6) Die Vorstandssitzungen finden mehrmals jährlich statt. Die Sitzungen werden durch die / den Vorsitzende/n des Vorstandes unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von möglichst vier Wochen anberaumt.

Die / der Geschäftsführer/in gemäß § 11 unterstützt den Vorstand bei Vorbereitung der Vorstandssitzungen und nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil. Bei Entscheidungen zur Person nimmt die / der Geschäftsführer/in nicht teil.

Die / der Vorsitzende des Beirates gemäß § 13 (bei Verhinderung sein/e Stellvertreter/in) kann als Gast ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Vorstandes teilnehmen.

- (7) In der Vorstandssitzung werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, wenn nicht die Satzung Besonderes regelt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der / des Vorsitzenden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind, darunter der Vorsitzende des Vorstandes.
- (8) In dringenden Fällen können Beschlüsse durch die / den Vorsitzende/n auf schriftlichem oder digitalem Weg herbeigeführt werden, wenn die Mehrheit der weiteren Vorstandsmitglieder mit einem solchen Verfahren einverstan-

den ist. Die Beschlüsse sind allen Vorstandsmitgliedern unverzüglich schriftlich oder digital zu übermitteln.

- (9) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins, bei der er an die Bestimmungen der Satzung, der Gesetze und an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden ist. Er ist berechtigt Geschäftsstellen einzurichten bzw. aufzulösen. Er ist darüber hinaus berechtigt, Maßnahmen zu veranlassen, die dem reibungslosen Ablauf und dem Zweck des Vereins dienen.
- (10) Der Vorstand kann besondere Vertreter gemäß § 30 BGB berufen.
- (11) Das Amt eines Vorstandsmitgliedes endet:
 - durch Ablauf der Amtszeit.
 - mit der Niederlegung des Amtes durch schriftliche Mitteilung an den Vorstand.
 - durch Abberufung seitens der Mitgliederversammlung.
 - wenn das Vorstandsmitglied bzw. die Organisation/Unternehmen, in dem es tätig ist, nicht mehr Mitglied des Vereins ist.
- (12) Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, so erfolgt in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandmitglieds.

§ 11

Geschäftsführung

Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Vereins eine Geschäftsführerin / einen Geschäftsführer bestellen.

Das Nähere ist in dem Anstellungsvertrag zu regeln.

§ 12

Beirat

- (1) Der Vorstand kann Beiratsmitglieder berufen. Sie müssen nicht Mitglieder des Vereins sein.
- (2) Der Beirat besteht aus Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik, der Verwaltung und der Gesellschaft, die im Sinne der Ziele des Vereins ehrenamtlich tätig werden.
- (3) Die Amtsperiode beträgt drei Jahre.
- (4) Der Beirat wählt aus seiner Mitte seine/n Vorsitzende/n und seine/n stellvertretenden Vorsitzenden.

- (5) Der Beirat trägt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen zur Erfüllung der Vereinsziele bei. Er gewährt dem Vorstand und der Geschäftsführung fachliche Unterstützung und bildet aus aktuellen Anlässen bzw. zu unterschiedlichen Themenbereichen Arbeitskreise.
- (6) Die Aktivitäten des Beirates werden mit Vorstand und Geschäftsführung abgestimmt. Weitere Details können im Rahmen einer gesonderten Beiratsordnung geregelt werden. Die Beiratsordnung wird vom Vorstand beschlossen.

§ 13

Geschäftsstelle

- (1) Um die Ziele und Aufgaben des Vereins weiterzuentwickeln und zu realisieren, kann der Vorstand eine Geschäftsstelle einrichten und betreiben.
- (2) Vertrauliche Informationen über Belange Dritter (Geschäftsunterlagen, Projektunterlagen etc.) dürfen nur mit Zustimmung der Geschäftsführerin / des Geschäftsführers und des Betroffenen weitergegeben und/oder verwendet werden.

§ 14

Auflösung

- (1) Anträge auf Auflösung des Vereins können nur vom Vorstand oder von mindestens 25% der Mitglieder des Vereins gestellt werden.
- (2) Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- (3) Diese Mitgliederversammlung ist nur beschlussfähig, wenn zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist nach dem Ablauf von zwei Wochen eine zweite, zum gleichen Zweck einberufenen Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (4) Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts zwecks Verwendung für die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Einzelheiten beschließt die Mitgliederversammlung.
- (5) Beschlüsse über die künftige Verwendung des nach Tilgung aller Verbindlichkeiten verbleibenden Restvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.
- (6) Der Liquidator wird von der Mitgliederversammlung bestellt.

§ 15
Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tag ihrer Verabschiedung in Kraft. Die vorliegende Satzung wurde in der Mitgliederversammlung vom 11.12.2020 verabschiedet.

Bielefeld, den 11.12.2020